

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung
am Mittwoch, **25.05.2005**, 17:00 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Frau Magdalene Gefroi, Frau Ursula Möllers, Frau Eleonore Heyne, Herr Robert Otte, Frau Barbara Stober, Herr Josef Messing, Herr Franziskus-Pius Graf von Merveldt¹, Herr Richard-Michael Halberstadt, Herr Hubert Lenich, Frau Dr. Christa Goenner-Radig², Herr Gilbert Aldejohann³,

von der SPD-Fraktion

Frau Beanka Ganser, Herr Joachim Tonn⁴, Frau Anne Schulze Wintzler, Frau Anne Garbe, Herr Stephan Pohlkamp,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Frau Maria Klein-Schmeink, Herr Tim Rohleder, Frau Birgit Edler⁵, Frau Brigitte Hasenjürgen, Frau Gisela Holtz⁶

von der FDP-Fraktion

Frau Edda Lütkemeyer

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Frau Magdalene Bödding

von der PDS/LL

Herr Ali Atalan⁷

beratende Mitglieder auf Vorschlag des Runden Tisches – Seniorinnen und Senioren in Münster

Frau Helga Hitze

beratende Mitglieder auf Vorschlag der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen

Frau Dr. Ursula Hoppe

-
- ¹ bis TOP 4 (19.07 Uhr)
² ab TOP 4 (19.07 Uhr)
³ war nur zur Verpflichtung anwesend
⁴ bis TOP 5 (19.34 Uhr)
⁵ bis TOP 4 (18.34 Uhr)
⁶ ab TOP 4 (18.34 Uhr)
⁷ bis TOP 4 (19.16 Uhr)

beratende Mitglieder auf Vorschlag des Ausländerbeirats

--

Es fehlten:

Herr Osman Öztürk, Herr Muzafer Ucarer

von der Verwaltung:

Frau Dr. Agnes Klein, Frau Christine Adams, Frau Rita Blank, Herr Ralf Franger, Herr Dr. Eckhard Gollmer, Herr Felix Graf von Plettenberg, Frau Barbara Hamisch, Frau Dr. Christiane Kappenstein, Herr Reinhold Kauling, Frau Dr. Anna Ringbeck, Frau Doris Rüter, Frau Beate Scholz, Frau Dr. Dagmar Schwarte, Herr Dr. Claus Weth, Herr Michael Willamowski

Schriftführer:

Herr Frank Treutler

Tagesordnung:**öffentlicher Sitzungsteil**

- | | | |
|-------------------------|------|---|
| | 1. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 2. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 2.1. | Eingänge |
| | 2.2. | Mitteilungen |
| <u>V/0325/2005</u>
V | 3. | Jahresbericht der Arbeitsmarkt-Initiative Münster 2004 |
| <u>V/0195/2005</u>
V | 4. | Arbeitsbericht des Gesundheitsamtes |
| <u>V/0192/2005</u>
V | 5. | Die Familienhebamme am Gesundheitsamt der Stadt Münster - ein Modellprojekt in der aufsuchenden Gesundheitshilfe für Flüchtlinge und sozial sowie gesundheitlich Benachteiligte |
| | 6. | Projekt 'Gesund leben in Berg Fidel' |
| <u>V/0357/2005</u>
V | 7. | Erstausstattungen bei Schwangerschaft und Geburt sowie Leistungen für mehrtägige Klassenfahrten nach dem SGB II und SGB XII |
| <u>V/0188/2005</u>
V | 8. | Aktivitäten der Fürsorgestelle im Sozialamt der Stadt Münster
- Bericht über die Entwicklungen im Jahr 2004 - |
| | 9. | Verschiedenes |

nicht öffentlicher Sitzungsteil Keiner

Herr Messing eröffnete um 17.08 Uhr den öffentlichen teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- gab Herr Messing folgende Umbesetzungen im Ausschuss bekannt:
 - Herr **Gilbert Aldejohann** wird als stellvertretendes sachkundiges Mitglied der CDU-Fraktion Nachfolger von Herrn Thomas Köhler (Ratsbeschluss vom 16.03.2005);
 - Herr **Gunter Braun** wird als stellvertretendes sachkundiges Mitglied der SPD-Fraktion Nachfolger von Frau Maria Anna Hakenes (Ratsbeschluss vom 11.05.2005).
- verpflichtete Herr Messing nach Verlesen der Verpflichtungsformel die folgenden sachkundigen Bürgerinnen und Bürger mit Handschlag: Herrn Gilbert Aldejohann, Frau Magdalene Bödding und Frau Brigitte Hasenjürgen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnung

Für die SPD-Fraktion beantragte Frau Ganser mit Hinweis auf die erst am 21.05.2005 allen Mitgliedern zugegangene Vorlage, den unter TOP 5 vorgesehenen Bericht: Die Familienhebamme am Gesundheitsamt der Stadt Münster - ein Modellprojekt in der aufsuchenden Gesundheitshilfe für Flüchtlinge und sozial sowie gesundheitlich Benachteiligte (Vorlage V/0192/2005) von der Tagesordnung abzusetzen und für die Tagesordnung der kommenden Sitzung am 14.06.2005 vorzusehen. Die Mitglieder hatten keine Einwände. Damit wurde die Tagesordnung einvernehmlich wie folgt festgesetzt:

Tagesordnung:

öffentlicher Sitzungsteil

- | | | |
|-------------------------|------|---|
| | 1. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 2. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 2.1. | Eingänge |
| | 2.2. | Mitteilungen |
| <u>V/0325/2005</u>
V | 3. | Jahresbericht der Arbeitsmarkt-Initiative Münster 2004 |
| <u>V/0195/2005</u>
V | 4. | Arbeitsbericht des Gesundheitsamtes |
| | 5. | Projekt 'Gesund leben in Berg Fidel' |
| <u>V/0357/2005</u>
V | 6. | Erstausstattungen bei Schwangerschaft und Geburt sowie Leistungen für mehrtägige Klassenfahrten nach dem SGB II und SGB XII |
| <u>V/0188/2005</u>
V | 7. | Aktivitäten der Fürsorgestelle im Sozialamt der Stadt Münster
- Bericht über die Entwicklungen im Jahr 2004 - |
| | 8. | Verschiedenes |

nicht öffentlicher Sitzungsteil

Keiner

Punkt 2 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen****Punkt 2.1 der Tagesordnung****Eingänge**

- 2.1.1** Frau Stadträtin Dr. Klein verwies auf den, zur Sitzung an die Mitglieder versandten, Antrag von Frau Hitze vom 15.04.2005, das Beratungsangebot zu Pflegefragen des Informationsbüros Pflege um die Durchführung von Hausbesuchen und das Einstellen des Informationsmaterials der Beratungsstelle in das Internet zu erweitern. Die Anregung beziehe sich offenbar auf die Ergebnisse einer Umfrage des WDR in Zusammenarbeit mit der Landesseniorenvertretung NRW unter den Pflegeberatungsstellen, bei der das Angebot der Stadt Münster gute Noten erhalten habe. Die maximale Punktzahl sei lediglich deshalb nicht erreicht worden, weil das Informationsbüro Pflege keine Hausbesuche durchführe, keine Beratungen zu den Gutachten des MDK anbiete und die Internetpräsentation nicht aktuell sei. Auch aus Sicht der Verwaltung böten Hausbesuche im Kontext von Pflegeberatung Vorteile, etwa für Ratsuchende mit eingeschränkter Mobilität, ferner mit Blick auf den individuellen Zuschnitt der Beratung auch vor dem Hintergrund der konkreten Wohnsituation. Andererseits könne das Informationsbüro Pflege, von den bestehenden Besuchsangeboten der Wohnberatung abgesehen, mit dem gegenwärtigen Personal Hausbesuche ohne deutliche Einschränkung der Präsenzzeiten nicht anbieten. Soweit sich im Lauf der Beratung im Einzelfall ergebe, dass eine weitergehende Begleitung oder intensive Betreuung in der eigenen Wohnung gewünscht oder erforderlich ist, verweise das Informationsbüro auf den kommunalen sozialen Dienst. Auch im Rahmen des Projekts ‚Von Mensch zu Mensch‘ gebe es die Möglichkeit, dass die Kontaktpersonen in den Stadtteilen Ratsuchende auch zu Hause aufsuchen, um einfachere Fragen zur Pflege zu beantworten. Den zurzeit unzureichenden Internetauftritt des Informationsbüros wie des Sozialamts insgesamt werde die Verwaltung im zweiten Halbjahr 2005 grundlegend verbessern.
- 2.1.2** Frau Stadträtin Dr. Klein erwähnte ferner den Antrag der Fraktionsgemeinschaft von UWG-MS und ödp vom 26.04.2005 an den Ausschuss, der Fraktion das Recht zuzugestehen, ein Mitglied in den Planungsbeirat der forensischen Abteilung des Alexianer-Krankenhauses zu entsenden. Mit Hinweis auf die Erörterung der Thematik in der Sitzung am 16.02.2005 (dort: TOP 2.2.9) stellte Frau Stadträtin Dr. Klein eine Besetzungsvorlage an den Ausschuss in Aussicht, sobald unter den Fraktionen mit Blick auf die Zahl der Vertreterinnen und Vertreter je Fraktion Einvernehmen erzielt sei.

Punkt 2.2 der Tagesordnung**Mitteilungen**

- 2.2.1** Unter Hinweis auf die mit der Einladung versandten Informationen zur Umsetzung des SGB II (Fallzahlenentwicklung, Widerspruchslage; Elternbeiträge bei Kindertagesbetreuung) skizzierte Frau Stadträtin Dr. Klein die aktuelle Arbeitsmarktsituation in Münster. Sie kündigte an, dass Jugendarbeitslosigkeit thematischer Schwerpunkt der Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien am 16. Juni sein werde. Auf Anregung von Frau Klein-Schmeink stellte sie ferner in Aussicht, zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung am 31.08.2005 einen aktuellen Bericht zur Arbeit der AMS und ihrer Umfeldbedingungen zu präsentieren.
- 2.2.2** Herr Willamowski erinnerte an die Nachfragen im Zusammenhang mit der Beratung der Vorlage ‚Hilfevermittlung und Kurzzeitübernachtung - HuK - für wohnungslose

Männer im städt. Gebäude Friedrich-Ebert-Straße 1' (V/1004/2004) am 16.02.2005; er berichtete, dass sich die angesprochenen, bereits einige Monate zurückliegenden, Vorkommnisse (Benutzung der Sanitäreinrichtungen im Unterkunftsbereich der Flüchtlingsfamilien durch Wohnungslose) seitdem nicht wiederholt hätten. Die für die Betreuung der Flüchtlingsfamilien zuständigen Mitarbeiter der Stadt sowie die für den Bereich der Wohnungslosenhilfe (Bischof-Hermann-Stiftung) hätten unmittelbar danach ein verbindliches Abstimmungsverfahren verabredet, sodass auf diese sowie andere gelegentlich auftretende Probleme (Ruhestörungen, Verunreinigungen im Außenbereich der Einrichtung etc.) teamübergreifend und jeweils kurzfristig reagiert werde. Ein Mitarbeiterkreis beider Teams, an dem auch Herr Berkemeier teilnehme, treffe sich alle zwei Monate. Weiter gehender Handlungsbedarf oder die Notwendigkeit, eines der Angebote an einen anderen Standort zu verlagern, werde seitens der sozialen Dienste im Haus nicht gesehen, eine Einschätzung, die der Leiter des HdW, Herr Mülbrecht, ausdrücklich teile. Auch Beschwerden aus der Nachbarschaft, die in der Startphase vor einigen Jahren gelegentlich erhoben wurden, seien heute nicht mehr zu verzeichnen.

- 2.2.3** Herr Willamowski berichtete ferner, dass das Land Nordrhein-Westfalen aufgrund eines Urteils des OVG vom Oktober 2004 den Kommunen auch die Leistungen für Angehörige ethnischer Minderheiten aus dem Kosovo in Form der bisherigen Pauschalen pro Person erstatten müsse. Erstattungsfähig seien Leistungen für Roma sowie für Serbinnen und Serben, die seit dem 21.03.2000 aufgrund eines Erlasses der Landesregierung von Rückführungsmaßnahmen ausgeschlossen worden seien und im einzelfallbezogenen Duldungen wegen eines tatsächlichen Abschiebungshindernisses erhalten hätten. Die Dauer der Erstattung beziehe sich auf einen Zeitraum von bis zu drei Jahren, frühestens ab 21.03.2000. Die Verwaltung habe fristgerecht zum 31.03.2005 Erstattungen für insgesamt 1.641 Personen bei der Bezirksregierung vorbehaltlich der Bestätigung seitens der Ausländerbehörde mit Blick auf die Volkszugehörigkeit in jedem Einzelfall angemeldet. Mit einem verbindlichen Erstattungsantrag sei zur Jahresmitte 2005 zu rechnen.
- 2.2.4** Unter Hinweis auf die zur Sitzung an die Mitglieder versandte Übersicht verwies Frau Stadträtin Dr. Klein auf anstehende Vorhaben der Verwaltung im Sektor Pflege und beantwortete Nachfragen der Mitglieder.
- 2.2.5** Herr Willamowski informierte die Mitglieder über den Stand der wissenschaftlichen Begleitforschung im Zusammenhang mit der vom 01.07.2003 bis 30.06.2010 befristeten, dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe zugewiesenen, Zuständigkeiten für Leistungen des ambulanten und stationären Wohnens für Menschen mit Behinderungen. Ausführliche Informationen über die Zuständigkeitsverlagerung und die wissenschaftliche Begleitforschung enthalte die Berichtsvorlage an den Haupt- und Finanzausschuss V/0235/2004: „Ambulant Betreutes Wohnen für Menschen mit Behinderungen in Münster“.

Neben der Stadt Münster gehörten die Stadt Essen sowie die Kreise Minden-Lübbecke und der Rheinisch-Bergische Kreis zu den Untersuchungsregionen. Im Frühjahr habe das ZPE für alle kreisfreien Städte und Kreise in NRW einen Bericht über die Hilfen zum selbstständigen Wohnen in der jeweiligen Region vor der Zuständigkeitsverlagerung erstellt. Der Bericht informiere über die vorhandenen wohnbezogenen Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen, die Strukturen der Angebotsplanung sowie eine Einschätzung der Zuständigkeitsverlagerung durch die örtlichen Akteure. Der 30 Seiten umfassende Bericht für die Stadt Münster sei im Internet unter www.ih-nrw.uni-siegen.de abrufbar.

Mit Hinweis auf die, von den kommunalen Spitzenverbänden in NRW und den beiden

Landschaftsverbänden im März 2004 abgeschlossenen die Rahmenvereinbarung „Eingliederungshilfe Wohnen“ stellte Herr Willamowski ferner in Aussicht, dass die Landschaftsverbände mit den örtlichen Trägern der Sozialhilfe zur Konkretisierung jeweils örtliche Zielvereinbarungen abschließen werden. Die örtlichen Zielvereinbarungen sollten insbesondere das Verfahren zur Ermittlung des örtlichen Bedarfs an betreuten Wohnformen und komplementären Angeboten sowie deren Finanzierung, Vernetzung und Koordination regeln. Darüber hinaus seien Absprachen zur Beteiligung der örtlichen Träger der Sozialhilfe an der Durchführung und Weiterentwicklung des Hilfeplanverfahrens des Landschaftsverbandes zu treffen. Der LWL und die Stadt Münster (Sozialamt und Gesundheitsamt) bereiteten die örtliche Zielvereinbarung für Münster zurzeit vor, um sie voraussichtlich Mitte des Jahres abschließen zu können. Die Verwaltung werde die Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen und den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung über die Zielvereinbarung informieren.

- 2.2.6** Herr Willamowski informierte die Mitglieder des Weiteren, dass der Arbeitskreis der BehindertenkoordinatorInnen und -beauftragten NRW die Checkliste „Bauen für alle – Barrierefrei!“ überarbeitet habe. Die Neuauflage berücksichtige insbesondere gesetzliche Änderungen, Hinweise zur barrierefreien Gestaltung für blinde und sehbehinderte sowie für hörbehinderte Menschen, ferner Informationen zu Serviceleistungen für behinderte Menschen. Die Checkliste in der Fassung für Münster könne im Internet unter www.muenster.de/komm (dort unter Publikationen) abgerufen werden.
- 2.2.7** Frau Stadträtin Dr. Klein berichtete, dass das Land NRW für ein auf drei Jahre angelegtes Projekt „Wohnen für Hilfe“ (01.07.2005 bis 30.06.2008) Fördermittel von insgesamt 232.000 € bereitgestellt habe; den städtischen Eigenanteil von 20 % werde aus Mitteln des Amts für Wohnungswesens aufgebracht. Gegenstand des, in Kooperation mit dem Studentenwerk Münster, dem Runden Tisch – Seniorinnen und Senioren in Münster und weiteren Institutionen durchgeführten, Projekts sei die Bereitstellung von Wohnraum durch private Haus- bzw. Wohnungseigentümerinnen und -eigentümern für Studierende gegen deren Dienste. Die Verwaltung bereite zurzeit eine Ratsvorlage vor, die sie dem Ausschuss zur kommenden Sitzung am 14.06.2005 präsentieren werde.
- 2.2.8** Herr Willamowski teilte mit, dass die Verwaltung soeben einen Förderantrag an das Land NRW im Zusammenhang mit dessen Förderprogramm „Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit (KOMM IN-NRW)“ gerichtet habe, dem der Verwaltungsvorstand tags zuvor zugestimmt habe. Vor dem Hintergrund des zum 01.01.05 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetzes habe das Land für innovative Projekte in der kommunalen Integrationsarbeit 10 Mio. € für das Jahr 2005 zur Verfügung gestellt, wobei 5 Mio. € für Projekte mit kommunaler Anbindung vorgesehen seien. Das Förderprogramm stelle die „strategisch ausgerichtete Integrationspolitik und –arbeit“ in ausgewählten Handlungsfeldern in den Mittelpunkt. In dem Zusammenhang habe sich die Verwaltung mit dem Vorsitzenden des Ausländerbeirats auf die Förderung eines Beteiligungs- und Kommunikationsprozesses zur Entwicklung inhaltlich programmatischer Leitlinien sowie zur Herstellung verbindlicher Kommunikationsstrukturen im lokalen Feld ‚Integration von Migrantinnen und Migranten‘ zu initiieren verständigt. Der Prozess solle unter Federführung des Ausländerbeirats mit einem externen Mediator durchgeführt werden. Die Einbeziehung des Ausländerbeirates solle insbesondere die Akzeptanz des Vorhabens stärken. Der kommunale Eigenanteil von 20 % werde über laufende Kosten für Unterstützungsleistungen städtischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei diesem Prozess aufgebracht. Neben dem Sozialamt seien das Amt für Schule und Weiterbildung, das Amt für Ausländerangelegenheiten, das Amt des Rates und des Oberbürgermeisters sowie der Dezernent V/KF an dem Projekt beteiligt.

2.2.9 Mit Hinweis auf die Ergebnisse der Etatberatungen 2005 berichtete Frau Stadträtin Dr. Klein, dass die Verwaltung mit dem Sozialdienst katholischer Frauen e. V. sowie der Frauenhausberatungsstelle des Frauen helfen Frauen e. V. Leistungsvereinbarungen zur Gewaltschutzberatung verhandelt und zum 01.07.2005 abgeschlossen habe. Der Sozialdienst katholischer Frauen e. V. erhalte danach einen jährlichen Aufgabenzuschuss von 15.000 €, die Frauenhausberatungsstelle des Frauen helfen Frauen e. V. von 30.000 €. Die Laufzeit der Vereinbarungen ende am 31.05.2008.

2.2.10 Herr Willamowski teilte mit, dass sich das Mitglied des Ombudsrats Grundsicherung für Arbeitsuchende, Herr Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf, bei seinem Besuch des Sozialamts und der Arbeitsgemeinschaft Münster am 04.04.2005 mit Leistungskräften sowie mit Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern über deren Arbeit ausgetauscht habe.

2.2.11 Frau Stadträtin Dr. Klein machte auf den Flyer aufmerksam, der über den 3. Münsteraner Frauengesundheitstag (04.06.2005 im Gesundheitshaus) informiert.

**Punkt 3 der Tagesordnung
V/0325/2005**

**Jahresbericht der Arbeitsmarkt-Initiative Münster
2004**

Frau Dr. Ringbeck gab erläuternde Hinweise zur Vorlage; sie und Frau Stadträtin Dr. Klein beantworteten Nachfragen der Mitglieder.

Auf Nachfrage von Frau Klein-Schmeink stellte Frau Stadträtin Dr. Klein in Aussicht, dass die Verwaltung das künftige Konzept von AIM jugend+ in Kürze mit einer Vorlage vorstellen werde, die auch den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung passieren werde. Eine Übersicht über die bei der Stadt Münster eingerichteten gemeinnützigen zusätzlichen Stellen werde AIM jugend+ für den Lenkungsausschuss der Arbeitsgemeinschaft Münster vorbereiten.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0195/2005**

Arbeitsbericht des Gesundheitsamtes

Nach einer Einführung durch Frau Stadträtin Dr. Klein skizzierte Frau Dr. Kappenstein die Inhalte des Arbeitsberichts.

Frau Ganser bat um einen Zwischenbericht zum Stand und zu den Perspektiven im Bereich der kinder- und jugendpsychiatrischen Pflichtversorgung, ferner zur künftigen Ausrichtung der Aufgabenwahrnehmung der Frühförderstelle vor dem Hintergrund der Landesrahmeneempfehlungen in der übernächsten Sitzung am 31.08.2005. Sie fragte ferner, ob sich die Aufklärungsangebote für Beschäftigte der Stadt Münster in den Bereichen arbeitsmedizinische Vorsorge und betriebliche Gesundheitsförderung ausbauen lassen.

Herr Lenich regte an, die Ausgaben betreffenden, Hinweise des Arbeitsberichts um Angaben über Einnahmen zu ergänzen.

Im Verlauf der Aussprache beantworteten Frau Stadträtin Dr. Klein, Frau Dr. Kappenstein, Herr Dr. Gollmer und Herr Dr. Weth weitere Nachfragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung**Projekt 'Gesund leben in Berg Fidel'**

Herr Dr. Weth erläuterte Ziele und Inhalte des Projekts ‚Gesund aufwachsen in Berg Fidel‘, das über die Geschäftsstelle des Gesunde-Städte-Netzwerks nach Münster habe vermittelt werden können. Die Verwaltung werde das Projekt im Rahmen einer Vorlage nach den Sommerferien umfassend vorstellen. Überblicksinformationen ergeben sich aus dem Foliensatz – **Anlage 1**.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0357/2005****Erstausstattungen bei Schwangerschaft und Geburt sowie Leistungen für mehrtägige Klassenfahrten nach dem SGB II und SGB XII**

Frau Klein-Schmeink begründete den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Ziffer 1 des Beschlussvorschlags wie folgt zu ändern:

„Zusätzlich zur Säuglingserstausstattung wird gem. §§ 23 III Satz 1 Nr. 2 SGB II, 31 I Nr. 2 SGB XII bei Geburt eine Leistung für weitere Gegenstände gewährt, die auf 292 € festgesetzt wird. Der Betrag wird jährlich jeweils zum 1. Juli nach Maßgabe des in der Begründung dargestellten Verfahrens angepasst.“

Für die SPD-Fraktion regte Frau Ganser an, den im Antrag genannten Betrag auf allein erziehende Berechtigte zu konzentrieren. Frau Klein-Schmeink hielt den Antrag Ihrer Fraktion aufrecht.

Im Verlauf der ausführlichen Aussprache beantworteten Frau Stadträtin Dr. Klein und Herr Willamowski Einzelfragen der Mitglieder.

Den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL lehnte der Ausschuss bei 4 Fürstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL), 10 Gegenstimmen (CDU, FDP) und 4 Enthaltungen (SPD) ab.

Daraufhin schloss sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung dem Beschlussvorschlag der Vorlage mit 14 Fürstimmen (CDU, SPD, FDP) und 4 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL) an und beschloss:

Sachentscheidung:

1. Zusätzlich zur Säuglingserstausstattung wird gem. §§ 23 III Satz 1 Nr. 2 SGB II, 31 I Nr. 2 SGB XII bei Geburt eine Leistung für weitere Gegenstände gewährt, die auf 212 € festgesetzt wird. Der Betrag wird jährlich jeweils zum 1. Juli nach Maßgabe des in der Begründung dargestellten Verfahrens angepasst.
2. Die Hinweise zur Bewilligung von Leistungen für mehrtägige Klassenfahrten gem. §§ 23 III Nr. 3 SGB II, 31 I Nr. 3 SGB XII (Ziffer 3 der Begründung) werden zur Kenntnis genommen.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0188/2005****Aktivitäten der Fürsorgestelle im Sozialamt der Stadt Münster
- Bericht über die Entwicklungen im Jahr 2004 -**

Frau Rüter beantwortete Nachfragen von Frau Ganser mit Blick auf Betriebsbesuche, Kooperation mit dem Integrationsfachdienst und die Beschäftigung Schwerbehinderter bei der Stadt Münster. Im vergangenen Jahr habe die Stadt Münster ihre Quote erfüllt und keine

Ausgleichabgabe entrichten müssen. Aufträge im Umfang von ca. 60.000 € habe die Stadt 2004 an Werkstätten für Menschen mit Behinderungen erteilt. Einzelheiten über die Beschäftigung Schwerbehinderter bei der Stadt Münster werde der Bericht des Personal- und Organisationsamts enthalten, den auch der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung erhalten werde.

Frau Dr. Hoppe berichtete, dass die Arbeitsgruppe 3 der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen ihrerseits Betriebsbesuche mit erfreulicher Resonanz unternahme.

Den Dank von Herrn Messing an Frau Rüter für den Bericht quittierten die Mitglieder mit Beifall.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

- 8.1** Im Zusammenhang mit der von der Tagesordnung abgesetzten Vorlage V/0192/2005 ‚Die Familienhebamme am Gesundheitsamt der Stadt Münster - ein Modellprojekt in der aufsuchenden Gesundheitshilfe für Flüchtlinge und sozial sowie gesundheitlich Benachteiligte‘ baten Frau Gefroi und Herr Messing um ergänzende Zahlen zur Inanspruchnahme nach Personengruppen.
- 8.2** Herr Otte bat die Mitglieder, Sachfragen, die ausführlichere Antworten erwarten, möglichst bereits im Vorfeld einer Sitzung mit der Verwaltung auszutauschen.
- 8.3** Frau Garbe monierte die fehlerhafte Wiedergabe der Tagesordnung für die heutige Sitzung im Internet.
- 8.4** Auf Nachfrage von Frau Ganzer stellte Frau Stadträtin Dr. Klein in Aussicht, dass der Rettungsdienstbedarfsplan, sofern er neu aufgelegt werde, auch im Ausschuss beraten werde.
- 8.5** Frau Ganzer bat, die Thematik „barrierefreie Wahllokale“ in der kommenden Sitzung anzusprechen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Ende der Sitzung: 20.22 Uhr

Josef Messing
Vorsitzender

Frank Treutler
Schriftführer